

Landratsamt Freudenstadt
z.Hd. Frau Kathrin Pfau
Herrenfelder Str. 14
72250 Freudenstadt

Per Mail an:
k.pfau@kreis-fds.de

Abteilung 5 – Umwelt

Name: Pascale Schneider
Telefon: +49 721 926 8849
E-Mail: Pascale.Schneider@rpk.bwl.de

Geschäftszeichen: RPK541-4583-7/49/6
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 18.02.2026

**Antrag der ATE Windpark Seewald II GmbH & Co. KG, Kleinoberfeld 5, 76135
Karlsruhe, auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Er-
richtung und zum Betrieb von vier Windenergieanlagen auf den Gemarkungen
Seewald-Besenfeld und Freudenstadt-Igelsberg**

Ihr Schreiben vom 27.01.2026; Zeichen: 30.14/106.11/I2026001

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Pfau,

die Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz des Regierungspräsidiums Karlsruhe bedankt sich für die Beteiligung im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu dem beantragten Vorhaben (Windenergieanlage Alpirsbach) und nimmt gem. § 10 Abs. 5 Satz 1 BImSchG i. V. m. § 26 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 1 KlimaG BW wie folgt Stellung:

Unter Berücksichtigung der internationalen, europäischen und nationalen Klimaschutzziele und -maßnahmen sind die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg gemäß § 10 Abs. 1 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Bis zum Jahr 2040 wird über eine schrittweise Minderung die Netto-Treibhausgasneutralität angestrebt. Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 4 KlimaG BW kommt hierbei u.a. dem Ausbau und der Nutzung erneuerbarer Energien eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 KlimaG BW auch, wenn es sich im Einzelfall um geringe Beiträge zum Klimaschutz handelt.

Für die Erreichung der Klimaschutzziele kommt es neben der Einsparung des Endenergieverbrauchs entscheidend darauf an, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch maßgeblich zu erhöhen. Im Fokus steht dabei insbesondere der Ausbau der Windenergie, deren Stromerzeugung entsprechend dem Zielszenario aus dem Forschungsvorhaben „Sektorziele 2030 und Klimaneutrales Baden-Württemberg 2040“ auf 12.500 GWh im Jahr 2030 und 28.200 GWh im Jahr 2040 gesteigert werden soll. Das bedeutet eine installierte Erzeugungsleistung aus Windenergie von rund 6,1 GW bis Ende 2030 und rund 12,1 GW bis Ende 2040.

Im Jahr 2023 betrug die Strombereitstellung (Endenergie) aus Windenergie 3.772 GWh (Umweltministerium BW, Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2023, Stand September 2024). Aktuell sind in Baden-Württemberg 813 Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung von 2.054 GW in Betrieb (vgl. Umweltministerium BW / LUBW, Dashboard Windenergieausbau, Stand: 09.02.2026). Es sind daher noch ganz erhebliche Anstrengungen bis zum Erreichen der Ausbauziele erforderlich.

Entscheidenden Einfluss auf die Geeignetheit eines Standortes für den Betrieb von Windenergieanlagen (WEA) hat die Windhöffigkeit. Als entscheidende Bemessungsgröße kann hierfür auf die mittlere gekappte Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 Metern über Grund abgestellt werden. Dabei wird empfohlen, als Orientierung für die Beantwortung der Frage, wann ein Standort für eine Windenergienutzung als ausreichend windhöffig gilt, einen Wert von 215 W/m² zu Grunde zu legen - dies entspricht je nach Standort einer mittleren Jahresgeschwindigkeit von etwa 5,65 – 5,9 m/s in 160 m über Grund (vgl. Hinweispapier des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 27.05.2019 „Auswirkungen des neuen Windatlases auf behördliche Entscheidungen“). Zu berücksichtigen ist bei diesem Orientierungswert, dass sich seit 2019 aufgrund des zwischenzeitlichen technischen Fortschritts mittlerweile bereits Standorte ab 190 W/m² sowohl für einen wirtschaftlichen als auch energieertragreichen Betrieb eignen können, sodass auch diese Bereiche grundsätzlich als ausreichend windhöffig anzusehen sind (vgl. Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschafts Baden-Württemberg vom 11.11.2022 bzgl. Flächenausweisung im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive).

Im Bereich der geplanten Anlagenstandorte weist der Windatlas Baden-Württemberg (2019) eine mittlere gekappte Windleistungsdichte in 160 m über Grund zwischen 250 W/m² und 270 W/m² sowie eine mittlere Windgeschwindigkeit zwischen 6,1 m/s und 6,3 m/s aus. Das im Erläuterungsbericht (Ziffer B-1.1) erwähnte Gutachten zur Standorteignung ist den Antragsunterlagen nicht als Anlage beigelegt. Im Antrag sind somit keine weitergehenden Informationen enthalten, die diese guten Windverhältnisse am Standort

bekräftigen würden. Auf Grundlage der Daten des Windatlas Baden-Württemberg ist jedoch davon auszugehen, dass gut geeignete Windbedingungen am Anlagenstandort bestehen.

Die Stromerzeugung durch Windenergie ist ferner sehr emissionsarm. Unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus (Errichtung, Betrieb, Abbau) führt die Windenergienutzung zu einer Treibhausgasminde- rung von rund 758 g CO₂-Äquivalent je erzeugter Kilowattstunde Strom (vgl. Umweltbundesamt: Emissi- onsbilanz erneuerbarer Energieträger, CLIMATE CHANGE 03/2025). Bei einer 6 MW-Anlage (mit 2.000 Voll- laststunden) belaufen sich die jährlichen Treibhausgasminderungen damit auf eine Größenordnung von rund 9.100 Tonnen. Die Strombereitstellung entspricht dem Bedarf von ca. 3.500 Haushalten (mit einem Jahresbedarf von 3.500 kWh).

In der Gesamtschau ist von einer effizienten Erzeugung von Windenergie durch das geplante Vorhaben auszugehen. Mit einer Nennleistung von 6,8 MW pro Anlage und somit einer Gesamtleistung des Wind- parks von 27,2 MW trägt das beim Landratsamt Freudenstadt beantragte Vorhaben wesentlich zum Errei- chen der Klimaschutzziele bei und ist unter Klimaschutzgesichtspunkten ausdrücklich zu befürworten.

Ist im Rahmen der Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen eine Schutzgüterabwägung erforderlich, so sind die Belange des Klimaschutzes auch auf Basis dieser Stellungnahme sachgerecht zu gewichten und angemessen zu berücksichtigen. Diesbezüglich ist zu beachten, dass der Ausbau der erneuerbaren Ener- gien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient (vgl. auch § 22 Nr. 2 KlimaG BW). Bis zum Erreichen der Treibhausgasneutrali- tät sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht wer- den. Durch diese gesetzliche Festlegung werden WEA in der Abwägung mit anderen Schutzgütern entspre- chend ihrer Bedeutung höher gewichtet und ihnen wird in der Regel ein Vorrang eingeräumt, der nur noch im Ausnahmefall überwunden können werden soll. Stets sind hierbei die Umstände des Einzelfalls in den Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Ebenfalls zu berücksichtigen ist die gesetzliche Wertung in § 1 Abs. 3 Nr. 4 BNatSchG. Hiernach kommt der Nutzung erneuerbarer Energien mitunter auch im Rahmen der Ziele des Naturschutzes und der Land- schaftspflege zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts eine besondere Bedeutung zu. Die Nutzung der Windenergie beinhaltet also einen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Naturgütern. Diese positive Wirkung des Klimaschutzes für den Naturschutz ist im Rahmen einer gegebenenfalls notwendigen Abwägung zwischen beiden Belangen zu berücksichtigen.

Ferner weisen wir darauf hin, dass sich die Anlagenstandorte außerhalb eines geplanten Vorranggebiets der Teilfortschreibung Windenergie des Regionalverbands Nordschwarzwald befindet. Mit Inkrafttreten der Teilfortschreibung sind WEA im Außenbereich nicht mehr privilegiert zulässig (vgl. § 5 Abs. 1 Windenergieflächenbedarfsgesetz i. V. m. § 249 Abs. 2 Baugesetzbuch). Wir bitten Sie, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Teilfortschreibung im Blick zu behalten und dies im weiteren Verlauf des Verfahrens entsprechend zu berücksichtigen.

Wir bitten abschließend höflich darum, die Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz über den Abschluss des Verfahrens zeitnah zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Pascale Schneider